

Antrag der Fraktionen CDU und FDP	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0203/2005 öffentlich 07.04.2005	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Haupt- und Finanzausschuss Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der Fraktionen CDU und FDP betr. Auswirkungen des Antidiskriminierungsgesetzes (Entwurf) auf die Stadt Marburg

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat möge

1. berichten, ob - und wenn welche - Auswirkungen des Antidiskriminierungsgesetzes (bisheriger Entwurfsstand) auf die städtische Verwaltung und Unternehmen, an denen die Stadt Marburg beteiligt ist, zu erwarten sind.
2. im Interesse der Stadt Marburg, seiner Wirtschaft und jedes einzelnen Bürgers alle zur Verfügung stehenden Mittel und Wege (u.a. über die Kommunalen Spitzenverbände) nutzen, um alle über die Vorgaben der EU-Richtlinien hinausgehenden Regelungen des Entwurfes zum Antidiskriminierungsgesetz der Bundesregierung zu verhindern.

Begründung:

Der von der rot-grünen Bundesregierung anlässlich der unstrittig notwendigen Umsetzung von insgesamt vier EU-Richtlinien vorgelegte Gesetzentwurf wird trotz einer zwischenzeitlich erfolgten inhaltlichen Nachbesserung parteienübergreifend sehr unterschiedlich bewertet. Es werden teilweise - nach bisher bekanntem Entwurfsstand - massive Auswirkungen auf die Vertragsfreiheit befürchtet, wobei auch die Stadt Marburg wie der einzelne Bürger bspw. als Vermieter, Unternehmer (Beteiligungen) oder Arbeitgeber betroffen sein könnten. In jedem Falle sind aber die über die EU-Richtlinien hinausgehenden Regelungen im Gesetzentwurf unnötig und unverhältnismäßig sowie als kontraproduktiv auch von der Stadt Marburg abzulehnen.

Christian Heubel

gez. Jan-Bernd Röllmann